

Machado nicht bei der Preisübergabe

Den Friedensnobelpreis hat die Tochter der Politikerin empfangen.

OSLO. Die diesjährige Verleihung des Friedensnobelpreises hat ohne die Preisträgerin stattgefunden. Die venezolanische Oppositionsführerin María Corina Machado nahm nach Drohungen der autoritären Führung ihres Landes nicht an der Preisverleihung im Rathaus von Oslo teil. Machado hatte zwar ihr Heimatland verlassen und sich auf den Weg nach Norwegen gemacht. Allerdings kam die 58-Jährige nicht pünktlich ins Osloer Rathaus. Mit ihrer Ausreise bot sie der autoritären Regierung in Caracas jedoch abermals die Stirn. Der Vorsitzende des Nobelkomitees, Jörgen Watne Frydnes, überreichte ihrer Tochter Ana Corina Sosa Machado die Nobel-Medaille und eine Urkunde. Wo sich Machado aufhielt, war nicht bekannt. „Dieser Preis hat eine tiefgreifende Bedeutung: Er erinnert die Welt daran, dass Demokratie für Frieden unerlässlich ist“, betonte Machados Tochter in ihrer Rede im Namen ihrer Mutter. Das Nobelkomitee hatte im Oktober Machado, die in Venezuela an einem geheimen Ort lebt, den renommierten Preis „für ihren unermüdlichen Einsatz für die demokratischen Rechte des venezolanischen Volkes“ zugesprochen. *dpa*

Kurz berichtet

Afghanen sollen Absage erhalten

BERLIN. Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Beschwerde eines afghanischen Richters, der ein durch Deutschland abgegebe-



Bundesinnenminister Alexander Dobrindt *Foto: dpa/Britta Pedersen*

nes Aufnahmeversprechen einlegen wollte, hat das Innenministerium eine Grundsatzentscheidung getroffen. Afghanen, die im Überbrückungsprogramm sind oder auf der Menschenrechtsliste stehen, werde mitgeteilt, dass kein politisches Interesse mehr zur Aufnahme bestehe, teilte eine Sprecherin mit. *epd*

Zwei-Klassen-Internet sorgt für Druck

WASHINGTON. Im Iran ist eine neue Debatte über die strenge Internet-Zensur ausgebrochen. Seit Tagen diskutieren Iranerinnen und Iraner über die „weißen SIM-Karten“, die es derzeit nur einer kleinen und privilegierten Schicht ermöglichen, ohne Restriktionen online zu gehen. In sozialen Medien kritisierten viele Iraner den Zustand als Zwei-Klassen-System. *dpa*

Dass die wirtschaftliche Lage nicht gerade rosig ist angesichts der nicht abreißen lassen Hiobsbotschaften von baden-württembergischen Firmen, ist ganz offensichtlich angekommen. Fast im Wochentakt kündigen große Unternehmen Stellenstreichungen an – zuletzt der Maschinenbauer Voith in Heidenheim. Das schürt Ängste, wie im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, abzulesen ist. Jeder Zehnte der Befragten berichtet, dass ein Familienangehöriger oder er selbst seinen Job verloren habe. Der Rest sorgt sich um das, was kommen könnte. Und doch überwiegt noch die Gruppe derer, die davon ausgeht, dass es ihnen in fünf Jahren wirtschaftlich besser geht (22 Prozent) oder in etwa gleich bleibt (34 Prozent). Das gilt allerdings vor allem für die Jüngeren, die ihre Karriere noch vor sich haben.

Es ist nicht so, als wäre diese Sorge nicht in der Politik angekommen. Die Unkenrufe waren in den vergangenen Jahren unüberhörbar. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne)

Leitartikel

Alternativlos, aber wirkungsarm

Die Erwartungen an die Landespolitik in Sachen Wirtschaftspolitik sind hoch – vielleicht zu hoch.

VON ANNIKA GRAH

warnte schon vor drei Jahren im Chor mit seinem Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) vor Wohlstandsverlusten. Da ist es nur folgerichtig, dass die Parteien, die nach der Landtagswahl 2026 Chancen auf eine Regierungsbeteiligung haben, das Thema an Position eins in ihren Wahlprogrammen setzen. CDU, SPD und FDP haben ihr erstes Kapitel dem Thema gewidmet, und auch im Entwurf der Grünen ist das so vorgesehen.

Ganz offensichtlich trifft das einen Nerv: Im BaWü-Check finden 68 Prozent der Befragten, dass die Landesre-

gierung mehr für die Stärkung des Standorts tun müsse.

Doch wäre es gefährlich, falsche Erwartungen zu schüren. Die großen Linien der Wirtschaftspolitik werden in Berlin, vor allem aber in Brüssel gezeichnet. Der Einfluss des Landes ist begrenzt: Es wirkt vor allem über Geld, und zwar in Form von Förderprogrammen und Fonds etwa für Start-ups und Gründungen, sofern das Korsett des EU-Beihilferechts das zulässt. Und natürlich kann eine Landesregierung versuchen, Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Das funktioniert besser, wenn die eigene



Diese Hilflosigkeit spiegelt sich in den Programmen der Parteien wieder. Von Innovationsförderung ist die Rede, von Bürokratieabbau und von neuen Fonds. Die CDU von Manuel Hagel gibt in ihrem Wahlprogramm vor, Baden-Württemberg 2036 zur stärksten Innovationsregion Europas machen. Das wirkt reichlich unterambitioniert angesichts der Tatsache, dass das Bundesland seit Jahren den Innovationsindex der Länder und Regionen der EU anführt. Ehrlicher ist da der Ansatz, dass ein möglicher CDU-Ministerpräsident sich persönlich für den Standort einsetzen will.

Trotzdem führt in einem wirtschaftsstarke Bundesland wie Baden-Württemberg kein Weg daran vorbei, dass die Wahlkämpfer vor der Landtagswahl das Thema setzen und sich bemühen, Zuversicht zu verbreiten. Denn Wirtschaftspolitik ist zu einem großen Teil Psychologie, wie auch BDI-Chef Peter Leibinger jüngst selbstkritisch einräumte, nachdem er selbst kurz zuvor gewarnt hatte, die Wirtschaft befinde sich im freien Fall.

Konservative wollen mehr Innovation

Die Spitze der EVP-Fraktion im Europaparlament trifft sich in Heidelberg – und fordert deutlich verstärkte Anstrengungen, um die Innovationslücke der EU im Vergleich zu den USA und China zu schließen.

■ Von Rainer Pörtner

HEIDELBERG. Die Konservativen im Europaparlament wollen Innovation in der EU deutlich stärken. „Europa muss die Innovations- und Produktivitätslücke zu den USA und China schließen, um seine strategische Autonomie zu bewahren“, heißt es nach Informationen unserer Redaktion in einem Aktionsplan der EVP-Fraktion, der kommende Woche beschlossen werden soll. Europas Wohlstand hänge von seiner „Fähigkeit ab, neue Ideen zu entwickeln, zu skalieren und zu kommerzialisieren“.

Der EVP-Vorstand trifft sich in diesen Tagen unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber zu einer Klausur in Heidelberg.

200 Milliarden Euro für „Horizon Europe“

Weber sieht Baden-Württemberg als besonders geeigneten Ort, um das Thema Innovation voranzutreiben. „Der Süden ist Innovationsmotor in Deutschland. Denn wir wissen: Wohlstand schaffen wir nicht durch

Verwaltung, sondern mit Erfindergeist. Diesen Spirit brauchen wir für ganz Europa“, sagte Weber unserer Redaktion. „Deswegen braucht es weniger Bürokratie und mehr finanzielle Unterstützung für unsere klügsten Köpfe und unsere innovativsten Unternehmen. Im globalen Wettlauf um digitale Innovationen muss Europa Spitze werden.“

Die EVP pocht in der „Heidelberger Erklärung“ auf die Selbstverpflichtung der EU-Staaten, jährlich mindestens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Forschung und Entwicklung auszugeben. Die Europäische Union als Ganzes verfehlt dieses Ziel bisher deutlich. Ende 2023 lag die Quote bei rund 2,2 Prozent, nur fünf Mitgliedstaaten überschritten die Drei-Prozent-Marke: Schweden, Belgien, Österreich und ganz knapp auch Deutschland und Finnland.

Geht es nach dem Willen der EVP, der stärksten Fraktion im Europaparlament, soll das Programm „Horizon Europe“ auf mindestens 200 Milliarden Euro aufgestockt werden. Da-



Der CSU-Politiker Manfred Weber steht seit 2014 an der Spitze der EVP-Fraktion im Europaparlament. *Foto: dpa/Michael Kappeler*

bei geht es um Grundlagenforschung bis hin zur Marktreife von Produkten und Verfahren. Zusätzliche Mittel sollen für Forschung im Rüstungsbereich ausgegeben werden. Bisher liegen die Horizon-Mittel unter 100 Milliarden Euro. Es soll zudem mehr Geld mobilisiert

werden, um innovativen Unternehmen ein starkes Wachstum zu ermöglichen.

Dazu muss nach Ansicht der EVP auch ein Bürokratieabbau eintreten. Es gehe um einen „Abbau regulatorischer Fragmentierung, um Vereinfachung und Harmonisierung innova-

tionsbezogener Regeln“. Ein europäisches Innovationsgesetz solle Start-ups helfen, erfolgreich zu sein. Durch „Innovationschecks“ sollen alle EU-Programme und -Gesetze darauf hin überprüft werden, ob sie Innovationen fördern.

Lob kommt aus Baden-Württemberg

Baden-Württembergs CDU-Landesvorsitzender Manuel Hagel, der ebenfalls an dem EVP-Treffen teilnimmt, lobt das dreiseitige Papier der Fraktion. „Europa muss vom Regulierungs- zum Innovationskontinent werden“, sagte Hagel unserer Redaktion. Die Heidelberger Erklärung bilde hier „einen starken Rahmen: 200 Milliarden Euro für Forschung, ein Ende der Bürokratie-Odyssee und ein echter Binnenmarkt für unsere Start-ups. Das passt wunderbar nach Baden-Württemberg.“ Im Südwesten habe im Jahr 2023 der Anteil von Forschung und Entwicklung am BIP immerhin bei 5,7 Prozent gelegen – also weit über den europäischen Länderwerten.

Die Karikatur



Spekulatius

Karikatur: Tomicek

Grundsteuerreform rechtens

Immobilienbesitzer und der Steuerzahlerbund wollen sich trotz des Spruchs des Bundesfinanzhofs zu ihrer Klage nicht geschlagen geben.

MÜNCHEN. Die seit Anfang des Jahres geltende Grundsteuerreform des Bundes verstößt nicht gegen das Grundgesetz. Der Bundesfinanzhof in München (BFH) hat in zweiter Instanz die Klagen von Immobilienbesitzern aus Köln, Berlin und Sachsen gegen die Neuregelung zurückgewiesen. Das verkündete der 2. BFH-Senat unter Leitung seiner Vorsitzenden Francesca Werth.

Die Kläger sehen in dem Gesetz einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz, weil die Finanzämter die Grundsteuer

aufgrund pauschaler Durchschnittswerte für Nettokaltmieten und Bodenwert festsetzen dürfen. Der Eigentümerverband Haus & Grund und der Bund der Steuerzahler kündigten anschließend Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe an.

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Länder und trifft quasi die gesamte Bevölkerung, obwohl nur Eigentümer diese Steuer zahlen. Vermieter legen die Kosten üblicherweise auf ihre Mieter um. Ein Hauptkritikpunkt ist, dass die Finanzämter

die Mieteinnahmen in vielen Fällen zu hoch angesetzt hätten. „Es ist für viele Menschen eine wirkliche Belastung“, sagte Reiner Holzmagel, der Präsident des Steuerzahlerbunds.

Pauschale Festsetzung bedeutet, dass die Finanzämter nicht Mieteinnahmen und Bodenwert für jede Wohnung einzeln ermitteln müssen, sondern sich mit Durchschnittswerten begnügen dürfen. Diese Pauschalierung sei „verfassungsrechtlich vertretbar“, sagte die Senatsvorsitzende Werth. *dpa*